



STADTRATSFRAKTION
Dr. Brigitte Kuchta
Fraktionsvorsitzende

An den
Herrn Bürgermeister
Bert Spilles
Rathaus

30.9.15

Nächste Sitzung des Rates

Betr. Gesundheitskarte für Flüchtlinge

Sehr geehrter Herr Spilles,

die SPD –Fraktion beantragt das Thema „Gesundheitskarte für Flüchtlinge“ auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen, und stellt dazu folgenden Antrag:

„Der Rat möge beschließen, dass die Stadt Meckenheim der Rahmenvereinbarung zwischen dem Land NRW und den Krankenkassen zur Einführung von Gesundheitskarten für Flüchtlinge beitrifft.“

Begründung

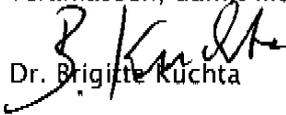
Nordrhein-Westfalen ist das erste Flächenland in Deutschland das eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge einführt. Eine entsprechende Rahmenvereinbarung hat das Land mit den Krankenkassen getroffen. Zurzeit bekommen Flüchtlinge in NRW erst nach vielen Monaten – häufig sind es 15 Monate – die Gesundheitskarte einer Krankenkasse. In dieser Zeit haben sie durch die Beantragung von Behandlungsscheinen erhebliche Mühen auf sich zu nehmen, um sich ärztlich behandeln zu lassen. Häufig entscheiden Verwaltungsmitarbeiter/innen ohne medizinische Kenntnisse darüber. Bei aller Sorgfalt besteht dabei die Gefahr, dass notwendige Behandlungen ungewollt nicht durchgeführt werden. Gleichzeitig ist dies Verfahren mit einem beträchtlichen Verwaltungsaufwand verbunden.

Die Vorteile einer Gesundheitskarte für alle Flüchtlinge liegen für alle Beteiligten auf der Hand:

1) Flüchtlinge können ohne vorherigen Antrag medizinische Dienstleistungen in Anspruch nehmen, auch wenn die Leistungen weiterhin den Einschränkungen durch das Asylbewerberleistungsgesetz unterliegen. Gleichwohl bedeutet die Einführung der Gesundheitskarte beträchtliche Vorteile für die Flüchtlinge.

2) Die Kommunen werden von einem beträchtlichen Verwaltungsaufwand entlastet. Sie haben an die Krankenkasse, mit der sie zusammenarbeiten, einen Pauschalbetrag und eine Verwaltungspauschale für jeden Flüchtling zu zahlen. Die Erfahrungen aus Hamburg und Bremen zeigen, dass es nach der Einführung der Gesundheitskarte keinen nennenswerten Anstieg der Zahl der Arztbesuche gab und die Kosten für die Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge sogar zurückgegangen sind.

Die Gesundheitskarte ist allerdings kein Automatismus. Jede Stadt muss darüber entscheiden, ob sie der Rahmenvereinbarung beitreten will. Daher beantragen wir, dass der Rat eine entsprechende Grundsatzentscheidung trifft und die Verwaltung beauftragt, alles Nötige zu veranlassen, damit Meckenheim so schnell wie möglich der Rahmenvereinbarung beitrifft.


Dr. Brigitte Kuchta